D-02-143-4

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 143 bis 156 löschen:

~~Wir wollen Migration steuern, ordnen und dafür Migrationsabkommen abschließen, die zugleich legale Einreisewege schaffen. Eine bessere Steuerung der Migration kann nur gelingen, wenn wir mit den Herkunftsstaaten zusammenarbeiten. Jeder Staat ist verpflichtet, seine Staatsbürger*innen und somit auch abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen; dieser Verpflichtung steht in den Migrationsabkommen ein Angebot gegenüber, das für den Herkunftsstaat und uns einen konkreten Nutzen hat. So steigern wir die Kooperationsbereitschaft, an der das Ausstellen fehlender Ausweispapiere und Rückführungen häufig scheitert und schaffen geordnete Verfahren, etwa für die Arbeitsmigration. Mehr geregelte Migration ermöglicht weniger ungeregelte Migration: Da müssen wir hinkommen – weg von Schlauchboot und Schleusern, hin zu geordneten Verfahren. Die Abkommen sollen ein Gesamtkonzept bieten, das auch Resettlement-Programme, den Ausbau von wirtschaftlicher Zusammenarbeit oder Technologietransfers, Visa-Erleichterungen oder Qualifizierungsmaßnahmen vorsieht. Es müssen nun schnell tragfähige Abkommen durch den Sonderbevollmächtigten der Bundesregierung ressortübergreifend koordiniert und abgeschlossen werden.~~

Begründung

Bislang gibt es kein Migrationsabkommen, das Menschenrechte von Flüchtenden adequat schützt oder auch nur Zuzug tatschlich begrenzt (was sowieso nicht unser Ziel sein sollte). Stattdessen machen wir uns erpressbar von Machthabern wie Erdogan und geben unsere humanitäre Verantwortung an deutlich ärmere Länder ab. Statt die Quadratur des Kreises zu fordern, indem man von Migrationsabkommen, indem wir von größtenteils undemokratischen Staaten die Einhaltung von demokratischen Werten, wie insbesondere den Schutz von Minderheiten und vulnerablen Gruppen zu fordern, sollten wir uns ehrlich machen und Migrationsabkommen als solche ablehnen.

weitere Antragsteller*innen

Cim Kartal (KV Bielefeld); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/ Schöneberg); Sabine Yündem (KV Remscheid); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Christa Siemsen (KV Recklinghausen); Antje

Westhues (KV Bochum); Sandra Smolka (KV Freising); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Clara Steinbrenner (KV Erfurt); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg); Katinka Wellnitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt); sowie 43 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.